



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 17. Mai 1882.

Nr. 227.

Deutschland

Berlin, 16. Mai. Das Zentral-Komitee für die Hygiene-Ausstellung trat heute Mittag im Bürgerhalle des Rathhauses zu einer Sitzung zusammen. Die Beteiligung war eine äußerst zahlreiche. Gegen 12¹/₄ Uhr Mittags eröffnete der Staatsminister a. D. Wirkl. Geheimrath Hobrecht, als Vorsitzender des Ausschusses, die Versammlung mit etwa folgenden Worten:

Meine Herren! In dieser Stunde sollten wir an anderer Stelle eine hohe Festfeier begehen. Trompetentöne sollten in der gegenwärtigen Stunde von dem Altare unserer Ausstellung die Antikrit Sr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen verkünden, der uns huldvollst versprochen hatte, im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs die Ausstellung zu eröffnen. Das Komitee sollte in der gegenwärtigen Stunde den Auftrag zur Erfüllung bringen, der ihm vor etwa Jahresfrist gestellt worden. Alle unsere Hoffnungen sind nun, wie Sie wissen, leider vereitelt und der Ausschuss hat es für erforderlich erachtet, das Zentral-Komitee zu berufen, um mit diesem zu berathen, ob wir unsere mühevolle Thätigkeit durch dieses traurige Ereignis als beendet betrachten, oder mit neuen Kräften unsere Thätigkeit fortsetzen sollen, um das, was zerstört ist, wieder herzustellen. Glücklicherweise ist ein Menschenleben durch das Brandunglück nicht zu beklagen, an Güter-Verlusten hätte uns das Unglück jedoch nicht empfindlicher treffen können, als es geschah. Wäre das Unglück einige Tage früher gekommen, dann wären nur wenige Ausstellungsgegenstände aufgestellt gewesen und wenige Tage später wären — und es ist dies nicht gering anzuschlagen — die Ausstellungsgegenstände wenigstens geordnet und gehörig gruppiert und verzeichnet gewesen. Man hätte also in letzterem Falle wissen können, was verloren gegangen ist. Trotz alledem glauben wir in der Lage zu sein, die einzelnen Aussteller für ihre gehaltenen Verluste zu entschädigen. (Beifall.) Es entsteht nun die Frage, was geschehen soll. Deutschland hat leider die Erfahrung machen müssen, daß man Ausstellungen nur in einem ganz massiven Gebäude herrichten darf. Ich glaube aber, es ist nicht rathsam, daß die mühevolle Arbeit vergeblich geschehen sein solle, zumal wir von allen Seiten, und auch von Allerhöchster Seite, die größte Aufmunterung erfahren haben. Die erste Aufmunterung wurde uns durch ein Telegramm Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin und alsdann durch Sr. kaiserliche Hoheit den Kronprinzen, der allerhöchst gleich am Morgen nach dem Brandunglück auf der Brandstätte erschienen ist. Aber auch sämmtliche von dem Unglück betroffenen Aussteller haben nicht ein Wort des Tadels gehabt, im Gegentheil, allerseits wird unseren Arbeiten volle Anerkennung und uns volle Aufmunterung zu Theil. Dieselbe Aufmunterung ist uns durch ein Telegramm des Reichskanzlers Fürst Bischoff geworden. Wenn auch nicht gleich, aber Anfang nächsten Sommers dürften wir, nach den uns gewordenen allseitigen Zusicherungen wieder in der Lage sein, die Ausstellung in derselben Reichhaltigkeit, Größe und Bedeutung zu eröffnen. Wir sind verpflichtet, alle unsere Kräfte zur Wiederherstellung des Unternehmens anzustrengen, dies sind wir nicht bloß unserem Vaterlande, sondern der gesammten Menschheit schuldig, in deren Interesse die Ausstellung wirken sollte. (Lebhafte Beifall.)

General-Arzt Dr. Roth (Dresden): Im Auftrage Sr. Majestät des Königs von Sachsen kann ich erklären, daß der König die zerstörten ausgestellten Modelle, obwohl dieselben nicht noch einmal vorhanden sind, wieder herstellen lassen und nach Berlin senden wird. Auch von dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden bin ich zu der ausdrücklichen Erklärung beauftragt worden, daß alle Gegenstände, die die Stadt Dresden ausgestellt, soweit dieselben zerstört sind, wieder erneuert werden sollen. Man bringt auch in diesem Theile unseres Vaterlandes dem Zentral-Komitee die größten Sympathien entgegen. (Beifall.)

Dieselben Versicherungen gab der Vertreter Ungarns, Dr. v. Szatary, der Ministerial-Rath Dr. Wasserfuhr (Straßburg im Elsaß) Namens der Elsaß-Lothringers Statthaltertschaft, und Oberbürgermeister Dr. v. Jordanbeck, der noch später erschienen war, Namens der Berliner städtischen Behörden und der Bürgerchaft ab.

Regierungsrath Haf verlas eine von dem Kabinettssekretär der Kaiserin an ihn gelangte Erklärung, in der dieselbe ebenfalls ihre thätige weitere Theilnahme bei dem Wiederaufbau der Ausstellung verspricht und dem Komitee allerhöchst ihre Sympathien ausdrückt.

Der Vorsitzende, Wirkl. Geh. Rath Hobrecht, verlas hierauf ein Schreiben des Bevollmächtigten der italienischen Regierung, Dr. Ritter, wonach auch die italienische Regierung aufs Lebhafteste die Wiederherstellung der Ausstellung wünscht. Eigentlich — so fuhr Wirkl. Geh. Rath Hobrecht fort — hätte ich es an die Spitze meiner Ausführungen stellen sollen — daß die größte und erste Theilnahme uns Sr. Majestät unser allergnädigster Kaiser und König bekundet hat, der gleich nach Ausbruch des Brandes allein auf der Brandstätte erschien. (Lebhafte Beifall.)

Es wurde nunmehr einstimmig beschlossen: Der Ausschuss wird beauftragt, seine Thätigkeit behufs Rekonstruktion der Ausstellung fortzusetzen. Zeit und Platz der Ausstellung ist späterer Berathung vorbehalten. Erwähnen wollen wir noch, daß von den Komitee-Mitgliedern eine Erklärung abgegeben wurde, wonach auch jene Aussteller, die nicht ausdrücklich eine Versicherung ihrer Gegenstände beantragt hatten, dennoch würden schadlos gehalten werden können. In dem Finanzexperte, das gegeben wurde, hob der Vortragende die ausgezeichnete Geschäftsführung des Kommerzienrath Weigert hervor, durch dessen Umsticht am 1. Mai ein Ueberschuß von 11,000 Mk. vorhanden war. Jetzt ist freilich diese Summe durch den entstandenen Schaden verschlungen, aber wenn, wie zu hoffen ist, das Unternehmen dennoch etwa im nächsten Frühjahr ins Leben tritt, so werden wahrscheinlich die jetzigen Zeichner des Garantiefonds auch noch durch die Einnahmen schadlos gehalten werden. Resümiren wir das Resultat der Sitzung dahin, daß bei der allseitigen, aufopfernden Bereitwilligkeit — die auch in Zeichnungen von über 100,000 Mark Ausdruck fand — an einer neuen, würdigen Herstellung der Hygiene-Ausstellung nicht zu zweifeln ist.

In England müht man sich noch immer mit der Suche nach den Mördern vergebens ab. Es werden fortwährend Individuen in Haft genommen, die der Beteiligtheit an dem Morde in Dublin verdächtig sind. In Southport wurde ein gewisser Wrangle verhaftet, welcher vorgiebt, daß er die Mörder kenne und daß ihm für seine Beteiligtheit an der Bluttat 100 Pfd. St. angeboten worden wären. Wrangle ist nach Dublin gesandt worden, um von der dortigen Polizeibehörde verhört zu werden. — Die Dubliner Polizei soll ermittelt haben, daß in mehreren Eisenwaarengeschäften von verdächtig aussehenden Personen lange und gewaltige Messer gekauft worden sind. — Die Polizei hat die Spur des Wagens mit den vier Mördern bis nach dem Mittelpunkt der Stadt verfolgt, aber dann fehlt ihr jeder Anhaltspunkt. Sie hat auch ermittelt, daß eine Droschke den Wagen bis zu dem Schauplatz des Verbrechens begleitete, worin sich wie sie glaubt, vier Dubliner befanden, welche den Mördern die Opfer bezeichneten, Augenzeugen des Verbrechens waren und dann in der Droschke nach der Stadt zurückkehrten. Trotz allen diesen Ermittlungen bleibt die Spur der Missethäter unauffindbar. Unzweifelhaft werden dieselben versteckt gehalten. Daß sie so rasch einen sicheren Unterschlupf finden konnten, bestärkt in der Ueberzeugung, daß das Verbrechen von langer Hand vorbereitet worden ist. Die Regierung erhielt neuerdings von glaubwürdiger Seite Berichte, daß die Fenier noch mehrere hochgestellte Personen in London zu ermorden beabsichtigen. Alle Minister, der Prinz von Wales und mehrere andere Personen haben daher eine besondere Bewachung von Geheimpolizisten erhalten. Der bekannte Korrespondent Wahrhaft schreibt, er wisse bestimmt, daß die Morde vom letzten Sonnabend von Mitgliedern einer geheimen Gesellschaft, „Terroristen“ genannt, begangen wurden. Dessen Hauptquartier befindet sich in Amerika, wo auch die Agenten für die Ermordungen ausgesucht wurden. Die Landliga habe keinen Antheil an jener Gesellschaft. Da die meisten Mitglieder und Agenten jener Terroristen auch in anderen Ländern Verbrechen begingen, so müsse die Regierung nebst einer Belohnung auch die Nichtauslieferung zusagen, dann werde sie bestimmt die Mörder Cavendish's ausfindig machen.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses hat Gladstone die Bill, betreffend die irischen Pacht-

rückstände, vorgelegt. Durch dieselbe soll bestimmt werden, daß, wenn ein Pächter oder Grundbesitzer ein Arrangement nachsucht, der Pächter von der rückständigen Pachtsumme den für ein Jahr zu entrichtenden Betrag der Pacht zahlen und seine Zahlungsunfähigkeit nachzuweisen hat. Der von dem Staate dann zu leistende Beitrag gilt als Geschenk und darf den für ein Jahr zu entrichtenden Betrag der Pacht oder die Hälfte der gesammten rückständigen Pacht nicht übersteigen. Wenn der Pächter einen Jahresbetrag der rückständigen Pacht bezahlt, ist der Rest derselben zu löschen. Der Beitrag des Staates ist aus dem irischen Kirchenfonds zu entnehmen und, wenn dieser zu diesem Zwecke nicht ausreicht, aus weiteren Staatsmitteln. Die Bill wurde nach kurzer Berathung in erster Lesung ohne Abstimmung angenommen.

Der „R. Z.“ wird geschrieben: In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, in denen, ähnlich wie Juristen und Militärs, auch deutsche Techniker für das Ausland gewonnen werden sollen. Nachdem im vorigen Jahre der Abtheilungsbaumeister Richter aus Nordhausen einer Berufung als Generaldirektor der serbischen Eisenbahnen Folge geleistet, hat jetzt der Regierungsbaumeister Betsche in Berlin, welcher früher als Ingenieur bei der Gotthardbahn thätig gewesen, einen längeren Urlaub nachgesucht, um sich ebenfalls zum Ausbau des neu zu schaffenden Eisenbahnnetzes nach Serbien begeben zu können. Gleichzeitig verlautet, daß dem Herrn Arbeitsminister ein anderes Gesuch um Entsendung deutscher Ingenieure nach Griechenland vorliegen soll. Der Herr Minister soll in diesem Falle sich ablehnend zu verhalten gedenken, da es offenbar seine Schwierigkeiten hat, zwölf oder mehr Techniker als geeignet zu bezeichnen für Verhältnisse, welche nicht genügend bekannt sind. Wahrscheinlich wird die Wahl eines Oberingenieurs aus der Zahl der preussischen Eisenbahnbaubeamten gestattet werden, der dann nach Kenntnisaufnahme der einschlägigen örtlichen und finanziellen Verhältnisse eine größere Anzahl jüngerer Kräfte aus der großen Zahl der disponiblen Regierungsbaumeister wählen wird.

Betreffs der von der Regierung vorge schlagenen Erhöhung des Honigzolls wird uns von einem Honigluchsen-Fabrikanten zur Ergänzung der von uns bereits mitgetheilten Petition der Fabrikanten geschrieben:

In der Sitzung des Reichstages vom 9. Mai hat der Herr Direktor Burghardt Folgendes behauptet:

„Der Honig dient vorzugsweise zur Fabrication von Honigluchsen. Ein großer Theil desselben wird aber mit indischem Syrup zubereitet, auf welchem ein Zoll von 15 Mark ruht, während der Honig nur mit 3 Mk. verzollt wird. Das ist geradezu ungerath, denn der höhere Zoll auf Syrup trifft vor Allem die mittleren Volksklassen, welche solchen minderwertigen Kuchen konsumieren. Daraus rechtfertigt sich die Erhöhung des Honigzolls von 3 auf 20 Mk.“

Dem muß aus folgenden Gründen widersprochen werden:

1) Es ist nicht richtig, daß Syrup, d. h. indischer Syrup, zu minderwertigen Honigluchsen verwandt wird in großen Mengen. In Halle sowohl wie in Thorn, in welchen Städten der meiste Honigluchsen für Norddeutschland fabricirt wird und jährlich zusammen gegen 6000 Zentner Honig verbraucht wird, ist Honig der Hauptbestandtheil der Präparaten, indischer Syrup wird fast gar nicht verwendet, wohl aber einheimischer Stärkesyrup.

2) Wenn Honig so hoch besteuert wird, werden gerade die realen Fabrikanten geschädigt. Unsere Artikel vertragen keine Preiserhöhung, um nun dies zu umgehen, würde viel der Gesundheit wenig zuträgliches Stärkesyrup verarbeitet werden. Ein reines Fabrikat würde vom Markt verschwinden und der Name Honigluchsen ein Fabrikat bedeuten, welches nur noch ein Surrogat wäre, das doch mit Recht verpönt ist.

3) Der Zoll ist aus Anlaß der Bienenzüchter angelegt. Dieselben bezahlen keinerlei Steuer auf ihre Produkte und bekommen den Honig schon sehr theuer bezahlt, per Kilo 3 Mk. circa, da das Angebot viel geringer wie die Nachfrage ist. Es ist auch gar nicht möglich, daß im Inlande die Produktion so gesteigert werden kann, daß der Nachfrage genügt wird.

Wenn der Honigzoll als Finanzzoll von der Regierung selbst verworfen wird und als Schutz-zoll hinfällig ist, so sehen wir nicht ein, warum wir ohne Nutzen für das Reich geschädigt werden sollen.

Der Reichstag wird sich morgen vertagen, auf wie lange, ist noch nicht bestimmt und wird morgen erst festgestellt werden. Es ist klar, daß bei der jetzigen Geschäftslage und gegenüber dem Umstande, daß der Gesamtvorstand in der nächsten Woche an der Eröffnung der Gotthardbahn theilnehmen will, die noch übrigen ersten Lesungen nicht bis zur bevorstehenden Vertagung erledigt werden können. Man hat daher im Gesamtvorstande folgenden Plan zur Erwägung gezogen. Sofort nach den Ferien soll mit der zweiten bezw. dritten Berathung der Abänderung des Zolltarifs begonnen werden und dann die Reihe der übrigen ersten Lesungen folgen, hierauf aber soll eine Vertagung bis zum Herbst eintreten, während die Kommissionen zusammen bleiben, um die zeitraubenden Arbeiten bezüglich des Tabakmonopols, der Gewerbeordnungs-Novelle, des Unfallversicherungs- und Krankentassen-Gesetzes zu erledigen. Man geht dabei von der sehr praktischen Erwägung aus, daß die Herbstsession selbst unter Erledigung des Reichshaushalts für das künftige Rechnungsjahr nicht länger als bis gegen Weihnachten dauern und daß dann die Abgeordneten nicht nöthig haben würden, vor Jahresfrist wieder berufen zu werden. Der Plan fand im Gesamtvorstande eine sympathische Aufnahme. Man ist nur begierig, wie sich der Reichskanzler dazu verhalten wird. Bekanntlich muß jede Vertagung über 4 Wochen auf gesetzlichem Wege herbeigeführt werden.

Aus Anlaß der Geburt des Urenkels des Kaisers hatten die Herren: stud. jur. Schoenermard (Akademischer Gesangsverein), stud. theol. Ribbeck (Verein deutscher Studenten), stud. phil. Louis (Verband wissenschaftlicher Vereine) und stud. phil. Hering (Akademischer Turnverein) als Delegirte der Berliner Studentenschaft die Ehre, am Montag Mittag präzis 1 Uhr von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen zu werden. Fürst Anton Radziwill empfing die Herren und stellte sie sofort Sr. Majestät vor, worauf stud. jur. Schoenermard in gebührender Rede Sr. Majestät die Glückwünsche der Studentenschaft zu der glücklichen Geburt des Hohenzollernerben darbrachte. Sr. Majestät dankte freundlichst, ließ sich nochmals die Namen der Delegirten nennen, erkundigte sich genau nach den näheren Familienverhältnissen derselben und zeigte überhaupt das regste Interesse. Dann sprach, wie das „D. Tgl.“ meldet, Sr. Majestät wörtlich etwa Folgendes: „Meine Herren, Ich bin außerordentlich erfreut, daß mir aus so vielen Theilen des Landes Glückwünsche dargebracht werden. Großvater giebt es viele, aber schwerlich wird Jemand auf dem Thron gefessen haben mit drei vorhandenen Erben. Es gereicht mir stets zur neuen Freude, Kundgebungen der Beglückwünschung entgegenzunehmen. Sie sind mir ein Beweis, welche Anhänglichkeit das Volk zu dem Hohenzollerngeschlecht hat. Erstaten Sie der Berliner Studentenschaft Meinen Dank und sagen Sie Allen, daß wir mit Freude auf unsere studirende Jugend blicken, in welcher die Zukunft des Vaterlandes liegt.“ — Mit freundlichen Grüßen entließ Sr. Majestät sodann die Delegirten.

Bei der Konzeptionierung von Sekundärbahnen scheint neuerdings mit einer sehr weitgehenden Vorsicht, welche leicht dem Zustandekommen solcher Unternehmungen hinderlich werden könnte, verfahren zu werden. Dem Komitee für Herstellung einer Sekundärbahn Weiskwasser-Forst-Guben ist vom Minister für öffentliche Arbeiten die Antwort ertheilt, daß gegen die vorgelegten Vorarbeiten in technischer Beziehung im Allgemeinen Bedenken nicht zu erheben sind. Dagegen macht der Herr Minister schon jetzt darauf aufmerksam, daß für den Fall das Komitee die Erlangung der Konzeption durch eine zu bildende Aktiengesellschaft anstreben sollte, zur Begründung eines hierauf gerichteten Antrages der Nachweis, daß die solide und gefestigte Beschaffung des erforderlichen Baukapitals gesichert ist, durch Vorlegung von rechtsverbindlichen Zeichnungen des gesammten Aktientapitals und durch Beibringung von behördlichen Attesten, daß die Zeichnungen echt sind und die Zeichner hinreichendes eigenes Vermögen, um die aus ihren Zeichnungen folgenden Verbindlichkeiten selbstständig zu erfüllen,

